

Zwei Linien stehen sich gegenüber....

In Presseberichten war zu lesen, dass die Delegierten auf dem SPD-Konvent am 24. 11. 2012 in Berlin dem „Rentenkompromiss“ nur „zähneknirschend zustimmen“, um eine weitere Beschädigung des Spitzenkandidaten Steinbrück zu vermeiden.

Ein großer Teil der SPD-Linken war, wie auch der DGB-Chef Sommer, vor dem Konvent im Gegenkurs zu Steinbrück u.a. noch dafür eingetreten, dass es keine weitere Absenkung des Rentenniveaus geben dürfe (so z.B. der Beschluss des Berliner SPD-Landesparteitags).

Der schließlich auf dem Konvent angenommene Antrag, der eine Absenkung des Rentenniveaus auf unter 50% zulässt, war solange zurechtgebogen worden, dass Steinbrück seine „Beinfreiheit“ behält:

Solange die Agenda-Politik, die durch die Regierung Merkel verschärft fortgesetzt wird, nicht ernsthaft in Frage gestellt wird, und damit die beiden europäischen Verträge, (ESM und Fiskalpakt) und ihre Schuldenbremse, die heute diese Politik mit noch mehr Härte diktiert, kann Steinbrück erklärtermaßen mit den Partei-Beschlüssen leben.

In seiner Haushaltsrede im Bundestag am 21. November bekräftigte Steinbrück nachdrücklich, dass er zur Agenda-Politik Schröders und der Großen Koalition steht. Die „von Gerhard Schröder geführte rot-grüne Bundesregierung hat mit mutigen, auch mit umstrittenen Reformen Deutschland modernisiert“.

Es ist die Politik der Entfesselung der Spekulation und der Explosion der Profite, gespeist aus den Steuergeschenken für die Unternehmer und die großen Vermögen, die Politik der Privatisierungen, der sozialen Demontage und des Lohndumping, der beispiellosen Verwüstung der historischen sozialstaatlichen Errungenschaften, denen Steinbrück hier das Etikett „Modernisierung“ aufklebt.

Und weiter erklärt Steinbrück, dass die Große Koalition „mit maßgeblichen Beiträgen der SPD für eine sehr kluge Antikrisenpolitik gesorgt habe, die die Konjunktur und Beschäftigung in Deutschland stabilisiert hat...“

Diese „kluge Antikrisenpolitik“ aber war nichts anderes als eine neue Form der Agenda-Politik: Milliarden für die Rettung der Banken und Konzernprofite – zum Preis einer verschärften Sparpolitik unter dem Diktat der Schuldenbremse:

Die Kurzarbeiterregelung hat über 10 Milliarden Euro für die Rettung der Unternehmerprofite aus der Arbeitnehmer-Sozialkasse zur Subventionierung der Kurzarbeit geplündert, während die Beschäftigten mit drastischen Lohnneinbußen bestraft wurden.

Der Niedriglohnsektor wurde dramatisch ausgeweitet und die Zersetzung der Tarifverträge und Tariffucht vorangetrieben, was bis heute andauert.

Wie können die SPD-Linken und die DGB-Führung an diesen Steinbrück Forderungen zur sozialen Korrektur der schlimmsten Auswirkungen der Agenda-Politik stellen – in Erwartung eines politischen Wechsels durch die SPD in einer neuen Regierung 2013?

Wie können sie soziale Forderungen für einen Politikwechsel an einen Mann wie Steinbrück stellen, der die Euro-Rettungspolitik der Regierung Merkel von Anfang an unterstützt hat und heute bereit ist, weiteren 44 Milliarden Euro an sog. „Griechenland-Hilfe“ zuzustimmen, von denen ein Großteil Deutschland zu tragen hat: 23,8 Mrd. fließen direkt an die Banken und Spekulationsfonds und 10,6 Mrd. an den für die zur Bedienung der Banken ausgeplünderten Staatshaushalt. Das Haftungsrisiko für Deutschland, das schon bei über einer Billion liegt, wird weiter anschwellen.

Schon heute sieht sich die Regierung Merkel unter dem Druck von Fiskalpakt und Schuldenbremse genötigt, der Bevölkerung vorsichtig dosiert mit Einschnitten im Sozialhaushalt die Rechnung für die Rettungsmilliarden an die Banken zu präsentieren:

21 Mrd. von 2013 bis 2016 bei der Bundesagentur für Arbeit;

4,75 Mrd. von 2013 bis 2016 bei der Rente;

4,5 Mrd. für 2013/2014 beim Gesundheitsfonds.

Dabei wagt die Regierung es nicht, dem unausweichlichen Schuldenschnitt für Griechenland noch vor dem Herbst 2013 zuzustimmen, von der Angst getrieben, den daraus folgenden zig-Milliardenverlust für den deutschen Haushalt noch vor der Bundestagswahl auf die Bevölkerung abwälzen zu müssen.

Wie können die SPD-Linke und der DGB von einem Steinbrück einen Politikwechsel erwarten, der jedes neue Milliarden-Rettungspaket für die Banken und Spekulationsfonds abnickt und der die Regierung Merkel lediglich dafür kritisiert, dass sie es nicht wagt, der „deutschen Öffentlichkeit“ die ganze nackte Wahrheit über die „Opfer“, die ihr für dieser Banken-Rettungspolitik abverlangt werden, ins Gesicht zu sagen?

Von einem Steinbrück, der dabei ist, wenn den Griechen, als Bedingung für die neue Flutung der Banken, ein weiteres mörderisches Sparprogramm von 18,5 Milliarden Euro aufoktroziert wird?

Wer kann von Steinbrück einen Politikwechsel erwarten, der mit der SPD-

Führung bei der Ratifizierung der zwei europäischen Verträge, ESM und Fiskalpakt, geholfen hat? Diese geben jeder Regierung, auch einer SPD in einer neuen Regierung, das Instrumentarium an die Hand, einen Politikwechsel besonderer Art durchzusetzen: nämlich die rücksichtslose Umsetzung der Politik dieser Verträge durch eine brutale Umverteilung von unten nach oben – für die Befriedigung des Finanzkapitals, finanziert aus sozialer Verwüstung.

Zwei Linien stehen sich gegenüber:

Auf der einen Seite die SPD-Linken und die DGB-Führung, die mit korrigierenden Forderungen am Agenda-Sozialkahlschlag den Kandidaten Steinbrück begleiten, in der Hoffnung auf einen Politikwechsel 2013 im Sinne dieser Korrekturen.

Und auf der anderen Seite die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und Jugend, der Millionen Gewerkschaftsmitglieder und der Mehrheit der SPD-Mitgliederbasis, die wollen dass Schluss ist mit dem Diktat der Schuldenbremse, mit den Sozialkürzungen, der weiteren Ausdehnung des Niedriglohnsektors und der Tariffucht, mit erneutem Zwang zum Lohnverzicht im kommenden Tarifkampf und einer erneuten Welle von Entlassungen!

Das Schluss ist mit dem Kaputtsparen der Bildung, Universitäten, Krankenhäuser, der Kommunen...

„Arbeitnehmer brauchen ihre Gewerkschaften für die Organisation ihrer enormen Kampfkraft gegen das Regierungsdiktat der Schuldenbremse; gegen Sparpolitik und Lohnverzicht, für Tarifverträge und geregelte Arbeitsverträge, gegen Prekariisierungen und Entlassungen“, schreiben ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen, politisch Engagierte und Sozialdemokraten, die zur nationalen Konferenz am 26. Januar 2013 in Berlin (s. auch S. 5) einladen:

um verstärkt für den vereinten Kampf der Arbeitnehmer und ihrer Organisation einzutreten, der in der Lage ist, den Weg frei zu machen für einen wirklichen politischen Kurswechsel, für die Erfüllung der Forderungen der Arbeitnehmer, der Verteidigung und Wiederherstellung der sozialstaatlichen Errungenschaften, der Demokratie, befreit von der Diktaten der EU/Troika.

Die Konferenz soll helfen, die Kraft zu sammeln und zu stärken, die dafür eintritt, dass die Kandidaten der SPD, dass alle Kandidaten, die sich auf die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer und der Demokratie berufen, an diesen Forderungen überprüft werden.

Carla Boulboulé